



Dagmar G. Wöhl und Michael Frieser
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

MdB Michael Frieser und MdB Dagmar G. Wöhl: Kabinettsbeschluss rettet die Städtebauförderung

Nürnberg/Berlin, 08.07.2011
/KR

Michael Frieser, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 3.108

Telefon: +49 30 227-71931

Fax: +49 30 227-76931

michael.frieser@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Jakobstr. 46

90402 Nürnberg

Telefon: +49 911-24154432

Fax: +49 911-2369051

michael.frieser@wk.bundestag.de

Einen Erfolg in Sachen Städtebauförderung können die Nürnberger Bundestagsabgeordneten Michael Frieser und Dagmar G. Wöhl verkünden: Die Bundesregierung legte in einem Kabinettsbeschluss den Etat für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung fest. Nach diesem sollen für die Städtebauförderung 410 Mio. € zur Verfügung stehen.

Frieser: „Durch den Kabinettsbeschluss wurde die Städtebauförderung gerettet und bleibt ein zentrales Instrument der nachhaltigen Entwicklung unserer Städte und Gemeinden. Danach sah es noch im März nicht aus. Die Entscheidung zeugt davon, dass hier mit Vernunft und Augenmaß entschieden wurde. Aufgrund der Wirtschaftsprognosen für Deutschland ist diese Kontinuität das richtige Zeichen.“

Nach dem Eckwertebeschluss zum Bundeshaushalt im März dieses Jahres waren zunächst für die Städtebauförderung lediglich 266 Mio. € angesetzt worden. Diese Summe wurde nun deutlich erhöht. Gegenüber 28,5 Mio. € im laufenden Programm der „Sozialen Stadt“ soll dieses als „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ neu aufgelegt und für 2012 mit 40 Mio. € ausgestattet werden. Daneben sollen für das neue KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“ 92 Mio. € abgerufen werden. Dieses Programm ist eine Weiterentwicklung des KfW-Darlehens- und Zuschussprogramms für energetische Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebereich. Das Programm leistet einen wesentlichen Beitrag zu Energieeinsparung und Klimaschutz und hat in Zeiten der Wirtschaftskrise im Baunebengewerbe sowie im Handwerk deutliche Beschäftigungsimpulse gesetzt.

Wöhl: „Da der Etat der Bundesministerien für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung elementare Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger betrifft, stärkt die Entscheidung das Vertrauen in eine verlässliche und nachhaltige Haushaltspolitik des Bundes. Nun haben unserer Kommunen Planungssicherheit“.

Redaktion: Kaspar Reif